



Washington Office

2005 Massachusetts Avenue, NW • Washington, DC 20036 • Tel. +1 202 464-5840 • Fax: +1 202 464-5848 • office@kasusa.org

The Challenges of Promoting Democracy in Latin America

Kolloquium mit Vertretern des International Republican Institute, National Democratic Institute und der Konrad Adenauer Stiftung

Washington, 24. und 25. Mai 2007

Session 1 - How to promote democratic parties?

Dr. Wilhelm Hofmeister, der Direktor der Konrad Adenauer Stiftung in Brasilien, sprach von fünf Herausforderungen, denen die Stiftungen sich gegenüber sähen, in ihrem Bestreben politische Parteien zu fördern. Das Problem mangelnden Vertrauens listete er an erster Stelle (auch wenn dies nicht nur in Lateinamerika eine Herausforderung wäre). An zweiter Stelle sah er die Zersplitterung traditioneller und neuer politischer Plattformen: Parteien, soziale Organisationen, Gewerkschaften, NGOs, sogar ehemals starke Institutionen wie die katholische Kirche stünden neuen Herausforderungen gegenüber. An dritter Stelle listete er ein mangelndes kollektives Wertesystem, das das Allgemeinwohl und die Solidarität miteinander unterstreiche. Laut Hofmeister zeigte sich dies unter anderem in der wesentlich kleineren Zahl an Organisationen, die sich mit der Förderung der Allgemeinheit beschäftigten.



Jim Swigert, Dr. Wilhelm Hofmeister, Alex Sutton und Luis Nunes (v.l.n.r.)

Das Mangeln an politischer Bildung stufte Hofmeister als vierte Herausforderung ein: es gäbe zu wenige Möglichkeiten, etwas über den politischen Prozess und dessen demokratische Institutionen zu erfahren. Als fünfte Herausforderung listete er die lateinamerikanischen Wahlsysteme auf, welche die Wahlerfolge kleiner Parteien ermöglichten. Eine Litanei von kleinen Parteien eignete sich jedoch nur bedingt, um eine dauerhafte und effektive Regierungskoalitionen zu bilden. Allerdings räumte Hofmeister ein, daß es sich dabei um ein Problem der Regierbarkeit handelte und weniger direkt um eine Herausforderung der Demokratie an sich. Jedoch würde diese

Schwäche der Wahlsysteme oft von Führungspersonlichkeiten (aus)genutzt, welche wiederum eine Gefahr für die lokalen Demokratien mit ihren jungen Institutionen darstellten.

Das Resultat dieser Problemstellungen, so Hofmeister, sind politische Akteure, die die Interessen der Bevölkerung nicht wirklich repräsentieren, da sie weder wirksam organisiert sind, noch effektive Lösungsansätze vorantreiben. Weiter problematisiert würde diese Situation anhand von politischen Reformen, die letztendlich nur in Verfassungsänderungen mündeten, welche den Machtbereich von einzelnen Führungspersönlichkeiten erweiterten. Eine wirksame Reform der Wahlsysteme hingegen würde sich eher selten unter diesen Umständen durchsetzen lassen. Daher wären politische Erneuerer eher unter der von effektiver Teilnahme ausgeschlossenen politischen Mitte zu suchen, wobei es allerdings keine allgemeingültige magische Formel gäbe, um diese zu aktivieren. Aufgrund dessen sollte besondere Aufmerksamkeit jeglichen Verfassungsänderungen gewidmet und langfristig in die politische Bildung der Jugend investiert werden.

Der Direktor des International Republican Institute in Kolumbien, **Alex Sutton** ergänzte, daß man einige der Erfahrungen in Europa in Lateinamerika anwenden könne. Jedoch warnte er vor der Gefahr, politische Entwicklungen zu überstürzen. Er schloß sich der Sicht Hofmeisters an, daß die politischen Parteien in Lateinamerika noch zu häufig ihre eigenen Interessen an der Wiederwahl in den Vordergrund stellten und erst in zweiter Reihe ihre Aufgabe wahrnahmen, die Allgemeinheit zu vertreten und in ihrem Namen zu agieren und Probleme zu lösen.

Auch bemängelte Sutton, daß soziale Themen wie Bildung und Krankenversicherung nicht in den Medien besprochen würden, sondern meist nur auf akademischen Konferenzen diskutiert wurden. Stattdessen beschäftigten sich die Parteien damit ihre Wählerfassung und politische Organisation zu verbessern. Laut Sutton würde die psychologische Grundeinstellung eines dem Allgemeingut verpflichteten Politiker nicht "unterrichtet." Daher befürwortete Sutton, daß die psychologische Herangehensweise verändert werden müsse. Des weiteren müsse quantitativ ermittelt werden, was die Bevölkerung von ihren Politikern und deren Regierungsweisen hielte. Als Nächstes galt es beide Seiten miteinander kommunizieren zu lassen: das Bürgertum müsse mehr von den Politikern fordern und die Politiker müssten diese Bedürfnisse so weit wie möglich erfüllen.

Sutton räumte allerdings ein, daß sich die Förderung von Parteien jedoch schwierig gestalten: vor allem die große Rolle von Persönlichkeiten und der Populismus wären dabei als hindernde Faktoren zu nennen. Daher sollten alle Gruppierungen auf eine unparteiische Weise unterstützt werden, um das Vertrauen in die politischen Parteien herzustellen. Dabei sollte gerade auf die Jugend und die Frauen als zukünftige Akteure gesetzt werden und ihnen die Türen zu den Parteien geöffnet werden, so Sutton. Auch sollten die internationalen Organisationen besser gemeinsam kooperieren, um nicht Modelle oder Systeme sondern Wertvorstellungen zu vermitteln. Mit "Gemeinschaftskunde" in Form von Workshops könne die Nachfrage nach größerer demokratischer Repräsentanz geweckt werden.

In der folgenden Diskussion wurde vorgeschlagen, ein Zentrum für politische Bildung in Lateinamerika einzurichten, welches dem in Deutschland ähnelt. Auch wurde von den Diskussionsteilnehmern angemerkt, daß man lange Zeit "civic society" gefördert habe,

diese jedoch nur eine Stütze der Demokratie in einem Staat sein könnten. Es gelte daher, politische Parteien vermehrt zu fördern.

Der Direktor des National Democratic Institute in Peru, **Luis Nunes** ergänzte weiter, daß es wichtig wäre, die finanziell fördernden Stiftungen ebenfalls von der Relevanz der politischen Parteien zu überzeugen: es könne nicht sein, daß nur Projekte im Rahmen der "civic society" gefördert würden, wo doch diese Organisationen zwar die besten Ziele haben, aber oft nicht die Mittel, diese auch umzusetzen und zu erreichen. Daher müssten beide Pfeiler der Demokratie sich in Zukunft gegenseitig unterstützen. Auch sprach er die oft mangelnde politisch-philosophische Plattform der Parteien in Lateinamerika an, was durch populistische Führungspersönlichkeiten nicht verbessert würde.

Session 2 - How to deal with populist regimes?

Der Direktor der Konrad Adenauer Stiftung in Venezuela, **Dr. Hubert Gehring** begann die nächste Diskussionsrunde mit der Warnung, daß Venezuela die "Mutter aller populistischen Systeme" werden könnte: Präsident Chavez hätte immerhin drei Wahlgänge und ein Referendum erfolgreich überstanden. Gehring verwies dabei unter anderem auf die erfolgreiche Machtkonzentration im Amt des Präsidenten sowie auf die Unterdrückung der Opposition, um den Machterhalt auf nationaler Ebene zu gewährleisten. Auf regionaler Ebene würde Chavez seine Interessen sowohl anhand von öffentlicher Politik als auch auf indirekten Wegen umsetzen: neben subventionierten Ölpreisen bei Exportgeschäften, kann Chavez auch auf ein System von inoffiziellen Organisationen in den anderen Ländern Lateinamerikas zurückgreifen, um seine Ziele zu erreichen.



Hans Blomeier, Dr. Hubert Gehring, Gabriela Serrano und Francisco Herrero (v.l.n.r.)

Was die politische Zukunft von Präsident Chavez angeht, so warnte Gehring, daß es bei einem eventuellen Machtwechsel weniger wichtig wäre, wieviel Einfluss Chavez noch haben werde, sondern inwiefern das Land politisch stabil bliebe. In erster Linie jedoch, ginge es darum Geduld zu üben, da es keine "wahre" Strategie für einen demokratischen Regierungswechsel gäbe. Des weiteren sprach sich Gehring für einen politische "Umarmung" Venezuelas aus, die mehr als nur ein Freihandelsabkommen umfassen sollte und dabei die Achtung der Würde der Bürger Venezuelas illustrieren sollte. Auch sollte Chavez nicht politisch isoliert werden,

sondern eher durch offenen Dialog kritisiert: die soziale Ungleichheit stelle eine legitime Herausforderung dar, es könne nicht nur um politische Teilnahme gehen. Auch sollten die Beziehungen zu den verschiedenen Ländern Lateinamerikas generell verbessert werden. Gerade weil es keine allgemein gültige Strategie gegen populistische Politiker geben würde, müssten die Beziehungen der Länder untereinander verbessert werden, um von sich gegenseitig zu lernen, so Gehring.

Die Direktorin des International Republican Institute in Peru, **Gabriela Serrano** führte an, daß die politischen Stiftungen ähnlich wie Chavez parallele Strukturen und Organisationen in den Ländern Lateinamerikas einführen sollten, um ihm und dem Populismus generell Einhalt zu gebieten. Um dies zu bewerkstelligen sollten auch die Kommunikations- und Informationsflüsse innerhalb der Organisationen als auch der Bevölkerung verbessert werden. In diesem Bereich könnte, laut Serrano, auch die Millenium Challenge Corporation aktiv werden und Regierungen direkt mit finanziellen Anreizen zu Verbesserungen anspornen.

Francisco Herrero, der Direktor des National Democratic Institute in Kolumbien, stellte erfreut fest, daß alle Diskussionsteilnehmer zumindest die gleichen Vorstellungen hätten, was die Gefahr des Populismus in Lateinamerika angehe. Laut Herrero ist die Individualisierung der Politik das Hauptproblem der Region und ein Spiegelbild ihrer jeweiligen politischen (Wahl)Systeme. Die Distanz zwischen den Wählern und der Exekutive, die sonst von den politischen Parteien verringert wird, wird zunehmend durch erfolgreich kommunizierende Führungspersönlichkeiten wie Chavez minimiert. Damit verringert sich aber auch die Relevanz der Parteien als politische Akteure. Dieser Trend wird nur durch charismatische Führungspersönlichkeiten verstärkt, die eine Abhängigkeit der Bevölkerung zu sich selber kultivieren, um an der Macht zu bleiben. Die daraus resultierende Beziehung basiert auf dem Vertrauen des Bürgers in die Person des Politikers und nicht mehr in die ihn stellende Partei bzw. auf deren Programm. Eine direkte Konfrontation mit den Führungspersönlichkeiten sollte vermieden werden, da dadurch nur deren Basis gestärkt und die Politik generell nur weiter individualisiert würde. Stattdessen sollte versucht werden auf der programmatischen Ebene der Ideen die Bevölkerung anzusprechen und Vor- und Nachteile der Vorschläge der anderen Akteure aufzuzeigen. Ebenso sollten zukünftige Politiker mit Führungspotential aber vor allem auch die politischen Parteien gefördert werden.

Luncheon address

Dr. Michael Shifter, Vice-President for Policy der Organisation Inter-American Dialogue und Professor an der Georgetown University sprach zunächst die Verbesserungen auf dem Kontinent an: Wahlen werden relativ regelmäßig abgehalten, es kommt nicht mehr so häufig zu einem Hin und Her zwischen Militärdiktaturen und gewählten Politikern, auch wenn die schwache zivile Kontrolle über das Militär auch in der Zukunft zu einer Herausforderung der Demokratie führen kann. Die Zahl der Frauen und Minderheiten in der Politik hat ebenfalls zugenommen, so Shifter. Allerdings warnte er auch, daß man die zukünftigen Erneuerer noch nicht kenne. Im Gegenteil, viele Jugendliche interessierten sich nicht für die Politik.

Shifter war 1993 wesentlich optimistischer was die Zukunft der Demokratie in Lateinamerika anging. Mittlerweile sieht er die Lage eher pessimistisch, wobei die Hauptschuld dabei bei Präsident Chavez läge. Diese Entwicklung würde die Bedeutung von demokratie-fördernden Maßnahmen allerdings nur unterstreichen, so Shifter. Glücklicherweise ist die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder auch weiterhin an einer Kooperation mit den USA interessiert. Dabei eignet sich ein Kooperationsabkommen (wie

es zwischen Brasilien und den USA vor kurzem unterzeichnet wurde) wesentlich besser als andere Maßnahmen, um Chavez zu parieren.

Session 3 – Scenarios for Cuba

Charles Littlefield, Program Officer beim International Republican Institute in Washington, DC und zuständig für Kuba, gab einen Überblick über die verschiedenen Szenarien, die sich in der Zukunft in Kuba abspielen könnten. Dabei spielen eine Reihe von Faktoren eine große Rolle. Fidel Castros Gesundheit bleibt auch weiterhin eine unbekannte Variable, auch wenn langfristig die Entwicklung absehbar ist. Im Falle seine Ablebens besteht die Frage, wie die kubanische Bevölkerung darauf reagieren wird – passiv oder aktiv? Wird es zu einem schnellen und möglicherweise brutalen Wechsel kommen? Oder wird es eher zu einem langwierigen Wandel kommen, der entweder dem chinesischen Modell folgt oder gar in einen blutigen Bürgerkrieg mündet? Dabei würden einerseits der Charakter der neuen Regierungsmitglieder als auch die internationalen Reaktionen eine Rolle spielen, so Littlefield.

Weitere Hypothesen beinhalteten die Ansicht, daß a) die Bevölkerung wirtschaftlichen Fragen den Vorrang vor politischen Rechten geben würde; daß b) eine gewaltsame Wende nicht wahrscheinlich sei, auch wenn es zu vereinzelt Gewaltausbrüchen kommen könne; daß c) es eine generelle Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit dem politisch-wirtschaftlichen System Castros gäbe, diese jedoch allein nicht zu einem Ende von Castros Regime führen würde, sondern ein motivierendes oder bedrohendes Ereignis brauchen würde, um zu einem Aufstand zu führen; und daß d) im Todesfall Castros, es zu einem Wechsel kommen würde.

Littlefield kam dabei zu der Ansicht, daß die wahrscheinlichsten Szenarien entweder dem “China-Modell“ entsprechen oder aber dem “Fall der Berliner Mauer“ Modell. Das “China Modell“ würde einem graduierlichen Wechsel des Wirtschaftssystems und anhaltenden politischen Repressionen entsprechen. In diesem Fall müssten Nichtregierungsorganisationen dafür gewappnet sein, langfristig Reformen voranzubringen. Im Fall eines drastischen Zusammenbruchs des politisch-wirtschaftlichen Systems (Berliner Mauerfall Modell), müssten Nichtregierungsorganisationen schnell reagieren und vor Ort Reformer vorbereiten.



Shawn F. Sullivan, Charles Littlefield, Frank Priess und Felix Ulloa (v.l.n.r.)

Frank Priess, Direktor der Konrad Adenauer Stiftung in Mexiko, wies darauf hin, daß weder die europäische noch die amerikanische Strategie hinsichtlich Kubas bisher aufgegangen ist. Dabei würden sich theoretisch gerade Deutschland und Spanien bei der Aufarbeitung von repressiven Regimen mit ihren Erfahrungen anbieten. Auch warnte er davor, daß in Europa eine nostalgisch-verklärte Sichtweise des Castro-Regimes Einzug halten könnte. Priess betonte auch, daß man auf die

Jugend setzten müsse, da das Castro-Regime diese nicht mehr zu ihren Sympathisanten zählen könne. Priess sieht Fidel Castros Bruder Raúl als einen weniger charismatischen Führen, der jedoch am Status Quo interessiert ist und diesen auch erhalten kann. Die Bevölkerung selber würde mehr am Erhalt ihres Eigentums interessiert sein, was Priess zum Schluß kommen ließ, daß es wahrscheinlich zu einem langsamen Wechsel kommen würde. Daher sollten die politischen Stiftungen versuchen, auf internationaler Ebene das Thema Kuba nicht ins Vergessen geraten zu lassen und stattdessen aktivst die Verbundenheit zum kubanischen Volk aufrechtzuerhalten.

Felix Ulloa, Direktor des National Democratic Institute in Haiti, ergänzte noch, daß Europa keine einheitliche Position gegenüber Kuba einnehme und daß diese Einstellung wenig hilfreich sei. Auch wiederholte er, daß eine Politik der Isolation in Lateinamerika generell weniger "beliebt" sei, stattdessen sollte der Dialog weitergeführt werden, so lange die Parteien miteinander reden wollten. Was die Beziehung zwischen Kuba und Venezuela angeht, so wird man gerne finanzielle und materielle Zuwendungen von Chavez in Kuba entgegennehmen, jedoch keine Einmischung in Interna dulden. Chavez kann damit allerdings die Vaterfigur Castros für seinen nationalen Wahlkampf nutzen.